

---

**3964/A(E) XXVII. GP**

---

**Eingebracht am 20.03.2024**

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## **Entschließungsantrag**

der Abgeordneten Erasim Melanie,  
Genossinnen und Genossen

**betreffend:** Übergriffe am Arbeitsplatz im Tourismus

Arbeiten im Tourismus ist mit vielen Herausforderungen für die Beschäftigten verbunden. Geringe Bezahlung, Arbeiten an Wochenenden und Abenden. Zusätzlich zeigt die Rechtsberatung der AK und Gewerkschaft vida, dass Übergriffe am Arbeitsplatz im Tourismus an der Tagesordnung stehen. Eine aktuelle Studie bestärkt die Erkenntnisse aus der Beratungspraxis erneut.

In dem Spannungsfeld zwischen Gästen, Kolleg:innen und Vorgesetzten fehlen oft die nötigen Rückzugsmöglichkeiten vor anzüglichen Kommentaren, ungewollten Berührungen und Nötigung zu sexuellen Handlungen. Gleichzeitig fehlt das Selbstverständnis der Beschäftigten sich gegen Übergriffe von Gästen zu wehren. Es fehlt an Informationen sowohl für die Arbeitgeber:innen als auch für Arbeitnehmer:innen. Hier sind bundesweit flächendeckende Präventions- und Aufklärungsprojekt notwendig.

Zusätzlich zu Präventionskonzepten braucht es eine Verschärfung des Strafmaßes bei Übergriffen von Tourismusbeschäftigten. In der Novelle 2017 wurde dies für Personal bei Ticketkontrollen umgesetzt. Diese griff zu kurz, da viele besonders von Übergriffen betroffene Bereiche nicht berücksichtigt wurden. Darunter auch die Beschäftigten im Tourismus die verstärkt mit Übergriffen am Arbeitsplatz konfrontiert sind.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

## ENTSCHLIESSUNGSSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere die Staatssekretärin für Tourismus sollen so rasch wie möglich dem Nationalrat einen Gesetzesentwurf, der unter Einbindung der zuständigen Sozialpartner:innen und der Expert:innen erstellt werden soll, vorlegen, mit dem Hilfsmaßnahmen für Betroffene sowie konkrete Präventionskampagnen eingeleitet werden.“

*In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Tourismusausschuss vorgeschlagen.*